

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 5/2011 vom 12. Mai 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Piero Catani, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler (ab Geschäft Nr. 34), Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Michael Lüthi, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderat Roman Gimmel
Ferner	Ratssekretär Gemeinderat Marius Mauron Peter Müller, Sachbearbeiter im Amt für Bildung und Sport
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann
Entschuldigt	Gemeinderat Peter Siegenthaler, Stadträte Martin Frei und Reto Vannini
Schluss der Sitzung	18.20 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst sie Reto Schertenleib (SVP) als neues Stadratsmitglied willkommen und wünscht ihm für seine Arbeit im Rat viel Befriedigung.

Der Rat wählt für den abwesenden Martin Frei (Grüne) stillschweigend Suzanne Abrecht (Grüne) als Ersatzstimmenzählerin.

32. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 7. April 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

33. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO BiSK anstelle von Christoph Peter (SVP)

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt *Lukas Lanzrein (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und Artikel 21 Absatz 1 Geschäftsreglement Stadtrat von Thun, nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP-Fraktion, beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur wird anstelle des zurückgetretenen Christoph Peter (SVP) per sofort gewählt: **Lukas Lanzrein (SVP)**.

34. Informatik Thuner Volksschulen

Genehmigung Verpflichtungskredit (Anteil neu) zur Erneuerung und Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen

Bericht des Gemeinderates Nr. 13/2011

Gemeinderätin Ursula Haller informiert, dass dem Gemeinderat eine umfassende Information wichtig war, was die umfangreichen Unterlagen erklärt. Sie weist darauf hin, dass den Unterlagen u. a. ein Schreiben der Schulkommission beiliegt. In der Schulkommission sind auch die Schulleitungen vertreten. Das Schreiben ist demnach auch als Willenskundgebung der betroffenen Lehrkräfte zu verstehen. Positiv zu werten ist, dass die begleitende Arbeitsgruppe mit Fachleuten aus verschiedenen Bereichen (Vertreter von Schulen, ICT,...) besetzt wurde. Für komplexe technische Fachfragen wird sie Peter Müller, zuständig für die technische Vorbereitung des Geschäftes, beiziehen. Im Lehrplan des Kantons Bern aus dem Jahr 2006 wird die Bedeutung der Vermittlung der Informatiktechnologien hervorgehoben. Es ist notwendig, das bestehende IT-Angebot im Sinne einer Chancengleichheit weiterhin zu gewährleisten. PC sind mittlerweile auch pädagogische und didaktische Lehrmittel und dienen sowohl den Lehrkräften wie auch den Schülern. Sie bittet den Rat, den Empfehlungen des Gemeinderates und der Schulkommission zu folgen und den Lösungsansatz 5 als Gesamtpaket zu unterstützen. Dies, weil diese Variante auch eine Informatikinfrastruktur in den Tagesschulen und den Kindergärten vorsieht.

David Külling, **SAKO BiSK**, erwartet, dass der Bildungsbereich als Hauptressource des Landes über eine zeitgemässe Informatik verfügt. Der Lösungsansatz 5 geht von Kosten in der Höhe von Fr. 557'000.-- aus. Das bedeutet, dass bei einer Abschreibung nach sechs Jahren, pro Arbeitsstation mit monatlichen Investitionskosten von Fr. 17.50 und Betriebskosten von Fr. 10.-- zu rechnen ist. Diese Annahme ist vernünftig. Die SAKO stellt fest, dass die Verwaltung seit der ersten Beschaffungsrunde im Jahr 2005 gelernt hat und eine durchdachte und massvolle Lösung vorschlägt. Die Fragen der SAKO wurden durch die Verwaltung zufrieden stellend beantwortet. Es wurde zudem überzeugend dargelegt, dass die Wartung der alten Stationen langfristig teurer ist, als der Ersatz der Geräte. Der Bericht der PHBern hat gezeigt, dass die IT noch besser in den Unterricht eingebunden werden kann. Die zuständige Direktion hat versichert, dass in dieser Hinsicht Bestrebungen im Gange sind. Auch die Kindergärten, die Bestandteil der Volksschule sind, müssen an das Kommunikationsnetzwerk der Schule angeschlossen sein, damit ihnen die Administration erleichtert wird. Wichtig ist, dass in den Kindergärten die PCs zu administrativen und nicht zu pädagogischen Zwecken eingesetzt werden. Die SAKO fragt sich einzig, ob für die Bestückung der Kindergärten fünfzig PCs notwendig sind, überlässt diesen Entscheid aber der Verwaltung. Sie empfiehlt mit 4 : 1 Stimmen den Lösungsansatz 5 zur Annahme und fordert gleichzeitig, dass die Verwaltung bei der Umsetzung alle Einsparungsmöglichkeiten konsequent nutzt. Ein Kommissionsmitglied hat sich für den Lösungsansatz 3 ausgesprochen.

Claudine Beutler, **SP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für die detaillierten Unterlagen. Die Fraktion unterstützt den Lösungsansatz 5. Die Informationstechnologien sind inzwischen Bestandteil des Alltages und Teil der Bildung. Der Bedarf an Arbeitsstationen wird mit der Einführung der neuen Sprachlehrmittel und der Umsetzung des Integrationsartikels weiter steigen. Wichtig ist, dass gleichzeitig mit der Umsetzung des Lösungsansatzes 5, die Lehrpersonen im Umgang und der Wartung der IT fachgerecht ausgebildet werden. Es sollen Minimalstandards bestimmt und kommuniziert werden. Hier erwartet die Fraktion einen Effort. Richtig ist, dass auch die Oberstufe Progymmatte in die Planung einbezogen wird.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass der Rat im Jahr 2005 den Verpflichtungskredit für die IT gekürzt und im Jahr 2007 einen Nachkredit abgelehnt hat. Diese Entscheide haben sich im Nachhinein als richtig erwiesen. Bei der heutigen Vorlage handelt es sich um ein Erneuerungs- und ein Ausbauprojekt. Während die Erneuerung der IT nicht in Frage gestellt wird, ist die Anzahl der zusätzlichen Arbeitsstationen bestritten. Keiner der vorgeschlagenen Lösungsansätze entspricht genau den Vorstellungen der Fraktion. Sie sieht Sparpotenzial bei der Anzahl der Arbeitsstationen im Kindergarten, kann dieses aber nicht beziffern. In den Kindergärten wird die systematische Aufrüstung der Arbeitsplätze mit dem Anspruch der Gleichbehandlung mit den übrigen Lehrkräften begründet. Aus übergeordneter Sicht kann dieses Argument aber nicht gelten, vielmehr muss die Aufrüstung auf die jeweilige Aufgabenstellung abgestimmt sein. Unbestritten ist die Erweiterung im Bereich der Tagesschulen. Die Erweiterung von zwei auf drei Stationen pro Klasse unterstützt die Fraktion nicht. Einerseits ist die Zahl willkürlich, zum Anderen warnt er davon, die Informatik zu verklären. Ein computerbasiertes Lernprogramm ist kein Allerheilmittel und kann ausschlaggebende Defizite der Schüler nicht beheben. Hier wäre eine Rückbesinnung auf konventionelle Lernmethoden angebracht. Die Fraktion kann dem Lösungsansatz 5 zustimmen, ortet aber ein Sparpotential bei der Anzahl Arbeitsstationen und mahnt, dass es nicht notwendig ist, den Verpflichtungskredit vollständig auszureizen.

Susanna Ernst, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass im Jahr 2003 in einer Gesamtschau festgestellt wurde, dass an den Thuner Schulen ein grosser Handlungsbedarf im Informatikbereich besteht. Der daraufhin beschlossene, etappenweise Ausbau führte zu einer Kostenüberschreitung; eine Nachdeckung hat der Stadtrat abgelehnt. In der Folge wurde das Projekt angepasst und stadintern weitergeführt. Ob damit Kosten gespart wurden, ist offen. Im April 2010 hat der Gemeinderat eine Ersatzbeschaffung bewilligt (zwei Arbeitsstationen pro Klasse). Die eingesetzte Arbeitsgruppe ist zum Schluss gekommen, dass eine Erweiterung der Arbeitsstationen in Schulen, Tagesschulen, Kindergarten und der Schulsozialarbeit sinnvoll ist. Denn Stillstand ist gleich Rückschritt. Die Beträge für diesen Ausbau sind hoch. Der pädagogische Wert, welcher die Aufrüstung bringt, ist aber höher zu werten als diese Kosten. Die Fraktion unterstützt demnach den Lösungsansatz 5. Er trägt dem Lehrplan Rechnung und sieht konsequenterweise die Ausrüstung der Tagesschulen und Kindergärten vor. Im Weiteren verspricht er das beste Kosten-/Nutzenverhältnis.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, war zu Beginn des IT-Projektes im Jahr 2005 sehr skeptisch. Die Vorlagen waren nicht überzeugend. Die heutige Vorlage zeugt von einer hohen Professionalität. In den letzten Jahren hat die Verwaltung sehr viel gelernt. Der Zeitpunkt für die Erneuerung der Arbeitsstationen ist nachvollziehbar. Die Fragen der Fraktion wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Die FDP-Fraktion wird den Lösungsansatz 5 unterstützen. Die Erneuerung und der Ausbau ist eine Investition in die Bildung. Die Fraktion bittet, dass die Ausschreibungsform so gewählt wird, dass alle interessierten Thuner Unternehmen die Möglichkeit haben, sich daran zu beteiligen.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, orientiert, dass der Stadtrat nur darüber entscheiden kann, ob und wie die ICT ausgebaut werden kann. Der Entscheid über den Ersatz liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Der Lösungsansatz 3 entspricht der Empfehlung des Kantones. In der Variante 5 ist die Ausrüstung der Tageschulen, Kindergärten und der Schulsozialarbeit vorgesehen. Die Fraktion anerkennt, dass dieser Ausbau aus Sicht der Bildung sinnvoll sein kann. Aus Sicht der städtischen Finanzen und des prognostizierten Defizits ist ein Ausbau, der 2 Mio. Franken kostet, nicht legitim, zumal der Finanzplan noch nicht bekannt ist. Die Fraktion unterstützt deshalb einen moderateren Ausbau und stimmt dem Lösungsansatz 3 zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, befürwortet den Lösungsansatz 5. Dieser Ausbau ist folgerichtig und massvoll. Die Vorlage ist überzeugend und wurde von Praktikern und Sachverständigen aus verschiedenen Bereichen erarbeitet. Für die Fraktion ist entscheidend, dass mit einem zeitgemässen Informatikangebot an den Schulen, die Chancengleichheit der Kinder verbessert werden kann. Darum ist auch die Ausrüstung der Tageschulen sinnvoll. Die Finanzlage lässt diese sinnvolle Investition zu.

Heinz Schürch (SVP) ist als Präsident der Schulkommission der Meinung, dass der Lösungsansatz 5 den aktuellen Bedürfnissen entspricht. Die höheren Kosten lohnen sich. Alle anderen Lösungsansätze bringen keine substanzielle Verbesserung für den Kindergarten und lassen die Erweiterung der IT in Tageschulen nicht zu. Dies ist aber notwendig, damit die Tageschulen ihre Aufträge (u. a. Unterstützung bei der Erledigung der Aufgaben) wahrnehmen können. Auf den unteren Schulstufen können PCs zudem für die individuelle Förderung von Nutzen sein.

Gemeinderätin Ursula Haller dankt für die positive Aufnahme des Geschäftes und der Verwaltung für die gute Vorarbeit. Zum Votum der SAKO BiSK: Selbstverständlich soll das Lernen am PC, das Lernen mit den Eltern nicht ersetzen, sondern nur eine weitere Möglichkeit eröffnen. Es ist eine Tatsache, dass nicht alle Eltern die gleichen Voraussetzungen haben, ihre Kinder schulisch zu unterstützen. Zum Votum von Konrad Hädener: Der Gemeinderat wird das Sparpotenzial sicherlich ausloten. Die Verwaltung konnte auch nicht aufgrund des Rechnungsabschlusses 2010 planen, da die Vorarbeiten lange vorher begannen. Schliesslich haben pädagogische und didaktische Überlegungen zum Lösungsansatz 5 geführt. Der Gemeinderat wurde zudem beim Erziehungsdirektor vorstellig und hat gefordert, dass der Kanton bei Neuerungen die finanziellen Konsequenzen für die Gemeinden mehr beachtet. Die Gemeinden wünschen auch aus diesem Grund einen frühen Einbezug in Reformprozesse. Bezüglich dem Kosten-/ Nutzenverhältnis hat die Finanzverwaltung den Lösungsansatz 5 als den Besten bewertet, aus finanziellen Gründen dem Gemeinderat aber den Lösungsansatz 2 empfohlen. Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, dass trotz dem engen finanziellen Spielraum, der Lösungsansatz 5 vorzuziehen ist. Die dafür benötigten Gelder sind eingestellt.

Der Rat zieht den Lösungsansatz 5 dem Lösungsansatz 3 mit 26 : 10 Stimmen und 2 Enthaltungen vor.

Der Rat genehmigt mit 26 : 10 Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnissnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. April 2011, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von Fr. 557'000.- als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 506/3110.004.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1146.10.01) für die Umsetzung des Lösungsansatzes 5.
2. Betriebliche Folgekosten (=jährlich wiederkehrende Ausgaben): Für die Umsetzung des Lösungsansatzes 5 werden in der Produktgruppe "Informatik" die notwendigen finanziellen Mittel (=Personal- und Betriebsaufwand von insgesamt Fr. 189'000) in den Voranschlägen 2012 ff. eingestellt.
3. Kenntnisnahme der gebundenen Ausgabe von Fr. 1'483'000 in den Jahren 2012 bis 2015 zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto Nr. 506/3110.003.0 Bestandeskonto Nr. 1146.10.01), welche der Gemeinderat am 15. April 2011 für die Erneuerung der ICT-Infrastruktur bewilligt hat.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

35. Interpellation I 1/2011 betreffend Downhill-Strecke

Lanzrein Lukas (SVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2011; Beantwortung

Lukas Lanzrein (SVP) verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Lukas Lanzrein (SVP) ist mit der Antwort des Gemeinderates teilweise zufrieden. Der Gemeinderat hat richtig festgehalten, dass die Stadt für die Finanzierung und den Betrieb einer Downhill-Strecke nicht zuständig ist. Dies verlangen die Interpellanten auch nicht. Grund für den Vorstoss ist das nachgewiesene Bedürfnis an einer Downhill-Strecke. Die Antwort hat nun gezeigt, dass die Stadt kein Land hat, das sie für eine Downhill-Strecke abgeben könnte, einem solchen Projekt aber grundsätzlich positiv gegenübersteht. Es ist nun an den Privaten, ein geeignetes Grundstück zu suchen.

Peter Dutschler (FDP) freut die Antwort des Gemeinderates. Einerseits stellt der Gemeinderat richtig fest, dass die Finanzierung einer Downhill-Strecke nicht Aufgabe der Stadt ist, andererseits ist er dem Anliegen gegenüber positiv eingestellt. Es ist nun an den Interessensvertretern eine private Trägerschaft zu gründen und ein Projekt voranzutreiben. Aus Sicht des Tourismus, wäre eine solche Strecke sicherlich zu begrüßen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, bezweifelt einen grossen touristischen Nutzen einer Downhill-Strecke, da nur eine kleine Gruppe diese Sportart ausübt. Zudem ist der Unterhalt einer Downhill-Strecke aus Sicherheitsgründen anspruchsvoll. Persönlich begrüsst er aus touristischer Sicht vielmehr die Mountainbiker. Er stimmt der Antwort des Gemeinderates zu, der sich für die Finanzierung einer Downhill-Strecke als nicht zuständig erklärt, eine private Trägerschaft bei der Einholung des Baubewilligungsgesuches und bei rechtlichen Fragen aber im üblichen Rahmen unterstützen wird.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin erinnert die neuen Stadratsmitglieder, dass am 16. Mai 2011 um 17 Uhr eine Einführung in das Rechnungswesen stattfindet.

Stadtpräsident Raphael Lanz stellt zurückkommend auf das Geschäft Informatik Thuner Volksschulen klar, dass ein Antrag der Finanzverwaltung an den Gemeinderat nicht zwingend mit einem Antrag des Finanzvorstehers übereinstimmen muss, und dass damit dem Kollegialitätsprinzip entsprechend nichts über das Stimmverhalten im Gemeinderat ausgesagt ist.

Eingang

- Motion betreffend Kostenweitergabe an Organisator/-innen von Veranstaltungen; SP-Fraktion vom 12. Mai 2011
- Interpellation zum Verhältnis AVAG/Energie Thun AG; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger